

PRESSENOTIZ

Westbalkan-Gipfel in London: 2025 scheint als Ziel für EU-Erweiterung höchst ambitioniert

Aus ökonomischer Sicht sind Serbien und Montenegro die Spitzenkandidaten für einen EU-Beitritt. Doch die politischen Hindernisse innerhalb und außerhalb des Westbalkans dürfen nicht unterschätzt werden.

Der bevorstehende Westbalkan-Gipfel in London ist das fünfte derart hochrangig besetzte Treffen im Rahmen des sogenannten „Berlin Prozesses“. Es scheint jedoch unwahrscheinlich, dass der Gipfel hinsichtlich des EU-Erweiterungsprozesses konkrete Ergebnisse für die Region bringen wird. Abgesehen von einer begrüßenswerten neuerlichen Bekräftigung seiner EU-Beitrittsperspektiven bleiben wesentliche Hindernisse bestehen. Ebenso wie der wirtschaftliche Entwicklungsrückstand bergen auch politische Divergenzen unter den Westbalkanstaaten das Potenzial den Beitrittsprozess deutlich zu verlangsamen. Darüber hinaus teilen einige EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich, den Enthusiasmus der Europäischen Kommission für einen schnellen EU-Beitritt keineswegs.

Beim fünften Berlin Prozess Gipfel, der die sechs südosteuropäischen EU Anwärter mit einigen EU Mitgliedstaaten zusammen bringt, stehen die Themen Politik, Wirtschaftsentwicklung und Sicherheit im Vordergrund. Als Gastgeberland wird ironischerweise Großbritannien, also jenes Land das gerade dabei ist die EU zu verlassen, versuchen für den Länderblock weitere Fortschritte bei ihrem EU-Beitrittsprozess zu erzielen. Mit 2025 als EU-Beitrittsdatum für die Spitzenkandidaten der Region hat die Europäische Kommission ein äußerst ambitioniertes Ziel gesetzt.

Eine aktuelle wiiv Studie kommt zu dem Schluss dass 2025 als EU-Beitrittsdatum sogar für Serbien und Montenegro ein äußerst ambitioniertes Ziel ist. Das Konvergenzniveau beider Länder entspricht mehr oder weniger jenem von Rumänien und Bulgarien als sie 2007 der EU beitraten. Ungeachtet dessen bleiben für die Erfüllung der wirtschaftlichen EU-Beitrittskriterien für alle Westbalkanländer Hindernisse bestehen. Dazu gehören Infrastrukturdefizite (in diesem Sinne ist der Berlin Prozess sehr begrüßenswert), schwache Wettbewerbsfähigkeit, hohe Arbeitslosigkeit und schwache Staatsführung. Zudem möchten wir betonen dass die politischen Dispute innerhalb der Region für einen EU-Beitritt sogar noch problematischer sein können. So ist zum Beispiel ein rechtlich bindendes Abkommen über die Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo vor einem EU-Beitritt dieser beiden Länder unabdingbar.

Bedeutende politische Hindernisse auf Seiten der EU. Aus Sicht des Französischen Präsidenten Emmanuel Macron muss die EU zunächst ihre internen Probleme lösen bevor sie neue Mitglieder aufnimmt. Die Öffentlichkeit der wichtigsten EU-Mitgliedstaaten hat für eine rasche EU-Erweiterung ebenso wenig übrig: In der jüngsten Eurobarometer Umfrage

vom Juni 2018 sprachen sich nur 31 Prozent der Befragten in Frankreich und Deutschland für eine EU-Erweiterung in den nächsten Jahren aus. Ob richtig oder falsch – die Kandidatenländer des Westbalkans werden in Westeuropa durch die Linse der aktuellen Dispute über das EU Budget und Migration wahrgenommen. Die Erfahrung Rumäniens und Bulgariens, die auch zehn Jahre nach ihrem EU Beitritt in Sachen Korruption unter ständiger und systematischer Beobachtung stehen, könnten zur Erweiterungskepsis ebenso beitragen.

Bislang ist der wirtschaftliche Einfluss anderer Länder in der Region nicht so groß wie oft skizziert. Nichtsdestotrotz muss dies nicht so bleiben, insbesondere was China betrifft. Der Westbalkan hat aufgrund seiner geografischen Lage zwischen dem griechischen Hafen von Piräus (mittlerweile im chinesischen Mehrheitseigentum) und den größten Märkten Westeuropas für China eine wichtige strategische Bedeutung. Im Rahmen seiner „Neue Seidenstraße“-Initiative plant China auch massive Investitionen in der Region. Die Europäische Kommission wird sich noch so sehr bemühen können - wenn der Europäische Rat den Westbalkan weiterhin auf Abstand hält kann der Einfluss von Drittstaaten in der Region nur größer werden.

wiiw, 9. Juli 2018

wiiw Studien zum Thema

[‘Western Balkans EU Accession: Is the 2025 Target Date Realistic?’](#), wiiw Policy Note No. 22, Mai 2018

[‘Trade Policies and Integration of the Western Balkans’](#), wiiw Working Paper No. 148, Mai 2018

[‘Policy Options for Competitiveness and Economic Development in the Western Balkans: the Case for Infrastructure Investment’](#), wiiw Policy Note No. 16, Juni 2016

[‘Infrastructure Investment in the Western Balkans’](#), wiiw Research Report No. 407, September 2015

Kommentare, Interviews, Daten

Mario Holzner, wiiw Ökonom und Stv. Direktor (holzner@wiiw.ac.at, +43-1-533 66 10-28)

Richard Grieveson, wiiw Ökonom (grieveson@wiiw.ac.at, +43-1-533 66 10-56)